

Pressemitteilung vom 4. Januar 2019

**Gedenkkundgebung zum 14. Todestag von Laye Alama Condé
am 7. Januar 2019 um 17.00 Uhr am Gerhard-Marcks-Haus | Am Wall 208**

Die Initiative in Gedenken an Laye Alama Condé erinnert alljährlich an den Tod von Herrn Condé im Polizeigewahrsam und fordert seit Jahren einen dauerhaften Gedenkort, der daran erinnern soll, dass kein Mensch im Zuge staatlicher Maßnahmen gequält oder gar getötet werden darf.

Die diesjährige Gedenkveranstaltung findet zwischen dem Gerhard-Marcks-Haus und der Kunsthalle Bremen statt. Dort wird für die kommenden drei Monate auch der von der Initiative geschaffene Mobile Gedenkort stehen. In den vergangenen zwei Jahren wurde der Mobile Gedenkort bereits von unterschiedlichen Kultureinrichtungen Bremens beherbergt, u.a. von der Stadtbibliothek und zuletzt mehrere Monate vom Theater Bremen.

Im Rahmen einer Bürgerschaftsdebatte hatte es bereits im Mai vergangenen Jahres eine breite, parteiübergreifende Anerkennung gegeben, dass der Tod von Herrn Condé die Konsequenz von politischen Fehlentscheidungen von Senat und Bürgerschaft war. Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und der CDU in der Bremischen Bürgerschaft sind sich heute einig: Die Brechmittelvergabepaxis war ein fataler Fehler – so bezeichnete der SPD-Abgeordnete Gottschalk sie als „unrechtmäßige staatliche Gewaltanwendung“, der CDU-Abgeordnete Yazici sprach vom „Fall Condé als eine Mahnung und als eine Lehre für die aktuell und in Zukunft handelnden Verantwortlichen“. Heute ist auch in Senat und Bürgerschaft klar: Der Tod von Herrn Condé hätte vermieden werden können.

„Dem Eingeständnis eigenen Fehlverhaltens durch diejenigen, die politisch und persönlich für den Tod von Herrn Condé verantwortlich sind, müssen jetzt konkrete Schritte folgen,“ so Gundula Oerter von der Initiative. „Eine logische Konsequenz aus der Tatsache, dass staatliche Institutionen versagt und Unrecht – nämlich Folter – begangen haben, ist die Errichtung eines dauerhaften Gedenkortes im öffentlichen Raum.“

Die Initiative hat für einen solchen Gedenkort längst Vorstellungen eingebracht. Die breite Unterstützung des Mobilien Gedenkortes durch die kulturellen Akteure Bremens macht deutlich, dass die Erkenntnis, wie notwendig das öffentliche Gedenken ist, längst in der Zivilgesellschaft angekommen ist.

„Viele Menschen in dieser Stadt wissen, dass sie ein Recht darauf haben, dass dem Tod eines Menschen und der dafür verantwortlichen, menschenrechtswidrigen Politik gedacht wird“, so Gundula Oerter. „Denn so etwas darf nie wieder passieren.“

Als weitere Konsequenz aus der politischen Aufarbeitung fordert die Initiative außerdem die Anerkennung des Unrechts auch gegenüber allen weiteren Betroffenen der rechtswidrigen Brechmittelvergabe. Viele von ihnen leben noch heute in Bremen und haben nie ein Wort der Entschuldigung gehört oder gar eine Entschädigung für die an ihnen begangene Menschenrechtsverletzung erhalten.

Bei der diesjährigen Gedenkkundgebung wird der Kurzfilm ‚Tötung mit Ansage‘ gezeigt werden, der das System der Brechmittelvergabe von 1991 bis 2004 und die zurückliegenden 14 Jahre des Gedenkens dokumentiert. Zu Gast sind außerdem Vertreter_innen der Hamburger ‚Initiative in Gedenken an Jaja Diabi‘ mit einem Redebeitrag zu staatlichem Rassismus.